



THOMAS OPPERMANN
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
ERSTER PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die Mitglieder der SPD-
Bundestagsfraktion

Berlin, 16. April 2012

Rederecht im Bundestag

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen von Euch haben Fragen zum Thema Rederecht im Bundestag.

Zum Verfahrensstand kann ich Euch mitteilen:

Die angedachten Änderungen der Geschäftsordnung wurden bisher nur im Geschäftsausschuss beraten. Weder das Plenum noch die Fraktion haben diese Vorschläge bisher gesehen, geschweige denn diskutiert. Offensichtlich gibt es auch in unseren Reihen Diskussionsbedarf.

Ich habe deswegen gestern mit der CDU vereinbart, dass die für die kommende Woche vorgesehene Verabschiedung der Änderungen abgesetzt und zu weiterer Beratung an den Ausschuss zurückverwiesen wird. Für die Presse habe ich beiliegendes Statement rausgegeben.

Alles weitere können wir nächste Woche in Ruhe diskutieren.

Ich wünsche Euch eine schöne Restosterpause und für die, die es betrifft, einen erfolgreichen Wahlkampf!

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Thomas Oppermann

Thomas Oppermann, MdB
16. April 2012

Zur Diskussion um Rederecht / Änderung der Geschäftsordnung

„Diese Vorschläge sind nicht ausgereift und werden so nicht kommen. Die Fraktionen hatten noch gar keine Gelegenheit die Empfehlungen des Geschäftsordnungsausschusses zu beraten. Reformen der Geschäftsordnung sollten ausführlich diskutiert und möglichst im Konsens mit allen Fraktionen verabschiedet werden. Beides ist nicht geschehen. Deswegen wird es auch in der nächsten Woche keine Abstimmung im Bundestag geben. Die SPD wird sicherstellen, dass auch in Zukunft abweichende Meinungen im Bundestag zu Wort kommen können.

Darüber hinaus wird die SPD das erfreuliche Interesse an einer lebendigen Demokratie nutzen, um unsere Vorschläge für eine Reform der Debatten im Bundestag erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Wir brauchen weniger Rituale und mehr lebendige Diskussionen. Wir wollen mehr Leute für Demokratie interessieren. Das Parlament muss der zentrale sichtbare Ort der politischen Auseinandersetzung sein.

Dazu gehört auch, dass die Kanzlerin endlich bereit ist, nicht nur Regierungserklärungen abzugeben, sondern in der Fragestunde des Parlamentes die Fragen der Abgeordneten direkt zu beantworten. Das ist in anderen Parlamenten üblich, wurde in Deutschland aber bisher von der Koalition blockiert. Vielleicht gelingt es jetzt, den Widerstand aus der Koalition zu überwinden. Es ist absurd, dass solche Debatten mit der Kanzlerin in inszenierten Bürgerforen stattfinden, im Bundestag aber nicht möglich sein sollen.“